

**Protokoll der  
93. Sitzung des  
Landesbeirats für Immissionsschutz  
am 20. Mai 2016  
in Düsseldorf**

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

siehe Anwesenheitsliste (Anlage 1)

**TOP 1 Begrüßung und Eröffnung:**

**Frau Dr. Hein** begrüßt in Vertretung von Herrn Staatssekretär Knitsch, der ab 15.00 Uhr an der Sitzung teilnimmt; die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und eröffnet die 93. Sitzung des Landesbeirats für Immissionsschutz. Sie begrüßt außerdem die anwesenden Gäste **Frau Lucks** (MAIS), **Frau Otte** (MIK) und **Herrn Dr. Nagel** (MWEIMH), die aus Anlass des heutigen Schwerpunktthemas „Umsetzung der Seveso-III-Richtlinie in deutsches Recht“ zu dieser Sitzung eingeladen wurden. Ferner weist **Frau Dr. Hein** darauf hin, dass zum ersten Mal seit einigen Jahren wieder zwei Sitzungen des Landesbeirats in einem Jahr stattfinden und kündigt an, dass die 94. Sitzung am 06.12.2016, 13.30 Uhr, im MKULNV stattfinden wird.

**TOP 2 Tagesordnung der 93. Sitzung und Protokoll der 92. Sitzung am 15.12.2015**

Die Tagesordnung für die 93. Sitzung ist mit Schreiben vom 06.05.2016 bekanntgegeben worden. Sie enthält auch einen Vorschlag von **Frau Baitinger** zum Punkt „Erlass vom 19.03.2015 zur Anwendung der §§ 25 Abs. 3 und 27a VwVfG im immissionschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren“.

**Frau Dr. Hein** erläutert, dass auf die Beratung der ursprünglich vorgesehenen Punkte „Anpassung der Geschäftsordnung für den Landesbeirat für Immissionsschutz vom 15.12.2015“ und „Aktuelle Informationen zu „Manipulation der Emissionswerte an Fahrzeugen und mögliche Konsequenzen für die Luftreinhaltung in NRW“ verzichtet wird. Zum weiteren Verfahren wird erläutert, dass es zur Geschäftsordnung einen Vorschlag für ein schriftliches Abstimmungsverfahren geben wird; das Thema „Abgasmanipulation“ wird auf die Tagesordnung der 94. Sitzung gesetzt.

Die Tagesordnung wird in dieser Form beschlossen.

Zum Protokoll der 92. Sitzung (versandt mit E-mail vom 02.02.2016) wurden keine Änderungswünsche geäußert. Es wird durch den Landesbeirat genehmigt.

### **TOP 3 Allgemeine Information über Aktuelles auf den Gebiet des Immissions-schutzes**

In ihrem Bericht stellt **Frau Dr. Hein** folgende aktuelle Themen vor:

a) **Gutachten im Rahmen der Entwicklung einer medienübergreifenden Quecksilber-Minderungsstrategie für Nordrhein-Westfalen**

Das MKULNV hat im vergangenen Jahr ein Gutachten zur Unterstützung einer Quecksilber-Minderungsstrategie für Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegeben.

Das am 01.04.2016 vorgestellte Gutachten zeigt Maßnahmen und Potenziale auf, mit denen sich der Quecksilberausstoß aus Industrieanlagen deutlich verringern lässt. Neben den Luftemissionen werden auch die Quecksilberemissionen in Gewässer und deren mögliche Minderungstechniken beschrieben und Vorschläge zur rechtlichen Umsetzung der Maßnahmen dargestellt.

Im Rahmen eines Fachgespräches wurde das Gutachten am 09.05.2016 Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Forschung, Fach- und Umweltverbände, Unternehmen/Betreibern, Gewerkschaften, Landes- und Bundesbehörden sowie Herstellern von Minderungstechnik vorgestellt und rege diskutiert.

Das Gutachten steht zum Download bereit unter:

[http://www.umwelt.nrw.de/fileadmin/redaktion/PDFs/umwelt/quecksilbergutachten\\_endbericht\\_oekopol.pdf](http://www.umwelt.nrw.de/fileadmin/redaktion/PDFs/umwelt/quecksilbergutachten_endbericht_oekopol.pdf). Es wird zusätzlich auf die interne Seite des Landesbeirats bei [www.umwelt.nrw.de](http://www.umwelt.nrw.de) eingestellt.

b) **Luftqualitätsdaten 2015**

Das LANUV NRW hat die Jahreskenngrößen zur Luftqualität im Jahr 2015 validiert und ausgewertet. Die Stickstoffdioxidbelastung ist an Straßen in Ballungsräumen weiterhin zu hoch. Der langfristig zu beobachtende Trend abnehmender Feinstaubbelastung setzte sich im Jahr 2015 fort.

## Zusammenfassung der Ergebnisse der Luftqualitätsmessungen 2015

Komponente	Anzahl Messstellen	Überschreitungen von Ziel- und Grenzwerten
Stickstoffdioxid NO <sub>2</sub>	128	56 Überschreitungen des Jahresmittelwertes von 40 µg/m <sup>3</sup>
Feinstaub PM 10	68	keine Überschreitungen der zulässigen Anzahl von Tagesmittelwerten über 50 µg/m <sup>3</sup> , keine Überschreitung des Jahresmittelwertes von 40 µg/m <sup>3</sup>
PM 10-Inhaltsstoffe (Blei, Arsen, Kadmium, Nickel, Benzo[a]pyren (BaP))	27 (Metalle) 22 (BaP)	keine Überschreitung der Grenz- (Blei) oder Zielwerte (Arsen, Kadmium, Nickel) eine Überschreitung des Zielwertes für BaP
Feinstaub PM 2,5	26	keine Überschreitung des Grenzwertes (Jahresmittel von 25 µg/m <sup>3</sup> )
Schwefeldioxid SO <sub>2</sub>	9	keine Überschreitung der Kurz- und Langzeitwerte
Benzol	34	keine Überschreitung des Jahresmittelwertes von 5 µg/m <sup>3</sup>
Ozon	27	11 Überschreitungen des Informationsschwellenwertes von 180 µg/m <sup>3</sup> , 2 Überschreitungen des Alarmschwellenwertes von 240 µg/m <sup>3</sup>

- c) Ergebnisse der Sonder-UMK „Automobile Abgasemissionen minimieren, Luftreinhaltepolitik konsequent weiterentwickeln, Verantwortung für den Gesundheitsschutz ernst nehmen“ am 07.04.2016

**Frau Dr. Hein** berichtet, dass Forderungen seitens der Umweltministerinnen und -minister der Länder erhoben wurden, alle von Abschaltvorrichtungen betroffenen Fahrzeuge umgehend mit den geltenden Vorschriften in Einklang zu bringen. Weitere Forderungen sind Einführung emissionsarmer und emissionsfreier Antriebe und die Kennzeichnung besonders emissionsarmer Fahrzeuge mit einer neuen Plakette, was eine Fortschreibung der Plakettenverordnung bedeutet. Im Rahmen dieser Sonder-UMK hat auch der Bericht des Kraftfahrtbundesamtes zur Verbraucherschutzministerkonferenz eine Rolle gespielt, der viele Fragen – insbesondere zur Rechts- und Regelkonformität betroffener Fahrzeuge - offen ließ. Die Dieselbesteuerung wurde heterogen diskutiert.

In der Diskussion werden Fragen zu möglichen Parametern und Alternativen durch **Frau Horster** gestellt. **Frau Dr. Hein** und **Frau Dr. Necker** verdeutlichen, dass Stickstoffdioxid als Parameter zugrunde gelegt wird. Der Ausstoß an NO<sub>2</sub> führt zu schlechten Luftqualitätsdaten.

**Herr Welge** spricht die geplante „Blaue Plakette“ an. Zusammen mit **Herrn Dr. Queitsch** weist er auf die Problematik für die Kommunen in NRW sowie auf die

fehlende Technik bzw. das mangelhafte Angebot an benzinbetriebenen Fahrzeugalternativen hin.

**Frau Dr. Hein** sagt zu, dass die aktuellen Informationen (Beschluss der Sonder-UMK und die Ergebnisse der Expertenanhörung vom 02.03.2016) auf die interne Seite des Landesbeirats eingestellt werden.

d) Novellierung des Freizeitlärmerrlasses

Mit Datum vom 13.04.2016 ist der Erlass des MKULNV „Messung, Beurteilung und Verminderung der Geräuschemissionen von Freizeitanlagen“ novelliert worden. Mit der Änderung des Erlasses kommt das MKULNV dem Wunsch der Kommunen nach mehr Flexibilität bei der Genehmigung von Veranstaltungen nach.

Zentraler Punkt der Neuregelung ist die Erhöhung der Zahl der sogenannten seltenen Veranstaltungen, bei denen eine Überschreitung der Immissionsrichtwerte zugelassen ist, von zehn auf achtzehn. Die Kommunen erhalten so die Möglichkeit, mehr Veranstaltungen als bisher zuzulassen. Zudem besteht die Möglichkeit, die Nachtzeit, in der strengere Immissionsrichtwerte gelten, hinauszuschieben.

Für neue Formate, die in einer Kommune erstmalig stattfinden, wird den Kommunen empfohlen, die neu überarbeitete LAI-Freizeitlärmrichtlinie zu berücksichtigen. Kommunen, die über eine Ausweitung von Veranstaltungen nachdenken, wird empfohlen, ein Veranstaltungskonzept zu erstellen, in dem Art und Anzahl der geplanten Veranstaltungen aufgeführt sind und an dem sich die Öffentlichkeit beteiligen kann.

Die Immissionsrichtwerte als zentrale Beurteilungsmaßstäbe behalten ihre Gültigkeit. Damit bleibt der notwendige Anwohnerschutz nach wie vor gewahrt.

In drei Jahren wird eine Evaluation des Erlasses erfolgen.

Herr Welge bedankt sich für die Novellierung des Erlasses.

e) Novellierung der Sportanlagenlärmschutzverordnung (18. BImSchV)

Im Koalitionsvertrag des Bundes haben die Koalitionsparteien eine Überarbeitung der Sportanlagenlärmschutzverordnung angekündigt. Mit Datum vom 31. März 2016 liegt ein erster Entwurf des BMUB zur Novellierung der 18. BImSchV vor. Hierzu läuft aktuell das Anhörungsverfahren.

Wesentliche Punkte des Änderungsentwurfes sind:

1. 5 dB(A) höhere Immissionsrichtwerte in den abendlichen Ruhezeiten sowie in den Ruhezeiten Sonntag mittags,
2. eine Konkretisierung des Altanlagenbonus. Dieser Regelung orientiert sich an dem Inhalt des nordrhein-westfälischen Erlasses zum Altanlagenbonus vom 05.03.2014.

**Herr Haase** und **Herr Welge** loben diese Regelungen im Sinne eines gelungenen Kompromisses zwischen Anwohnerschutz und Sportbetrieb.

f) Public Viewing

Das BMUB hat am 17.05.2016 eine Verordnung über den Lärmschutz bei öffentlichen Fernsehdarbietungen im Freien über die Fußball-EM 2016 veröffentlicht. Auf Basis der Verordnung können Public-Viewing-Veranstaltungen unter Anwendung der Richtwerte der 18. BImSchV (Sportanlagenlärmschutzverordnung) für seltene Ereignisse durchgeführt werden. Die Verordnung ist auf den Zeitraum der EM (10. Juni bis 10. Juli 2016) beschränkt und tritt am 31.07.2016 außer Kraft. Abweichende Ländervorschriften gehen der Regelung vor. Gleichlautende Verordnungen wurden bereits zur Fußball WM 2006, 2010 und 2014 sowie zur Fußball EM 2008 erlassen.

Für NRW ist die Verordnung nicht zwingend erforderlich, da mit § 9 Absatz 3 des LImSchG den Gemeinden eigene, weiter reichende Ausnahmemöglichkeiten gegeben sind. Darauf hat das MKULNV (wie in der Vergangenheit) per Erlass vom 01.03.2016 hingewiesen.

g) Masterplan Umwelt und Gesundheit

Am 19.05.2016 hat das MKULNV eine Pressemitteilung zur Verabschiedung des Masterplans durch die Landesregierung veröffentlicht. Ziele des Masterplans sind, Umwelt- und Gesundheitsthemen zu verknüpfen und in praktischen Maßnahmen und Projekten umzusetzen.

Die Pressemitteilung sowie der Masterplan Umwelt und Gesundheit sind auf <https://www.umwelt.nrw.de/umweltschutz-umweltwirtschaft/umwelt-und-gesundheit/masterplan-umwelt-und-gesundheit/> aufrufbar.

## TOP 4 Umsetzung der Seveso-III-Richtlinie in deutsches Recht

**Frau Dr. Hein** eröffnet die Beratung des heutigen Schwerpunktthemas, die dazu dienen soll, die Inhalte der geplanten Rechtsänderungen vorzustellen, die Anregungen der Mitglieder aufzunehmen und ggf. fachliche Fragen zu beantworten. Eine Abstimmung über die Position der Landesregierung ist noch nicht erfolgt.

Zunächst trägt **Herr Stürmer** die wesentlichen Inhalte und Eckpunkte zur Änderung des BImSchG und der 12. BImSchVO (StörfallVO) vor (Anlage 2).

Im Anschluss daran werden die verschiedenen markanten Änderungen im Einzelnen diskutiert:

a) Abstandsgebot des § 50 BImSchG / Betreiberpflicht

Die rechtliche Problematik der Regelung des neuen § 3 Abs. 5 der 12. BImSchV, die nach Ansicht von **Herrn Friedrich** formaljuristisch nicht zu beanstanden ist, führt zu verschiedenen Nachfragen aus dem Kreis der Mitglieder, die sich insbesondere mit der Ermittlung und Wahrung des notwendigen Abstands befassen. Hierzu wird seitens **Herrn Stürmer** und **Herrn Friedrich** darauf hingewiesen, dass die geplante „TA Abstand“ als technische Regelung zur Ermittlung notwen-

diger Abstände anhand normierter Ausbreitungsszenarien dienen soll. Deshalb wird sie auch keine Abwägungshinweise für die Vollzugsbehörden enthalten.

b) Öffentlichkeitsbeteiligung

Nach **Herrn Friedrich** sind die neuen §§ 23a und 23b BImSchG notwendig als Trägerverfahren für die europarechtlich gebotene Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung. Sie sind damit als „1:1-Umsetzung“ von EU-Recht einzustufen. Auf die Frage von **Herrn Dr. Büther** verweist er darauf, dass es hier im Regelfall um baugenehmigungsbedürftige Anlagen in Betriebsbereichen gehen wird. Die Zuständigkeiten für die Durchführung dieses neuen störfallrechtlichen Genehmigungsverfahrens wird bei den Immissionsschutzbehörden liegen. Für die Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren bei heranrückender Wohnbebauung sind hingegen die Baubehörden zuständig. **Herr Welge** befürchtet deshalb einen hohen Verwaltungsaufwand für die Kommunen. Dieser Auffassung tritt **Herr Friedrich** entgegen, weil die neuen störfallrechtlichen Genehmigungsverfahren zuständigkeitshalber alle bei den Bezirksregierungen liegen werden.

c) Sicherheitsabstände

Keine Wortmeldungen.

d) Anpassung an die CLP-Verordnung

Nach Auffassung von **Herrn Dr. Büther** besteht bei der 4. BImSchV Überarbeitungsbedarf, um sie an die neuen Regelungen anzupassen. **Herr Stürmer** erläutert, dass mit der Überarbeitung begonnen worden sei.

**Frau Horster** bittet um Angabe, wie viele Galvanikbetriebe nicht mehr unter diese neue Regelung fallen. Im Zusammenhang mit dem ersten Referentenentwurf im Mai 2015 hat MKULNV bei den Bezirksregierungen die Konsequenzen einer Umstufung abgefragt. Demnach halbiert sich in etwa die Zahl der Galvaniken, die unter das Störfallrecht fallen (von 89 Betriebsbereichen auf 47).

## TOP 5 Dreijahresbericht des BMUB zur Seveso-II-Richtlinie

Zu diesem aus der 92. Sitzung vertagten Punkt trägt Herr Stürmer vor (Anlage 3).

In der Diskussion stellen **Frau Horster** und **Frau Baitinger** Fragen nach den systematischen Bewertungskriterien von Störfall- und Umweltinspektionen sowie nach weiteren verfügbaren Information über Inspektionen bei Störfallanlagen. **Herr Dr. Büther** stellt klar, dass für beide Inspektionsarten einheitliche Kriterien angewendet werden, die auch öffentlich zugänglich sind. Ergebnisse von Inspektionen bei Störfallanlagen werden nicht im Internet veröffentlicht. Auf die Frage von **Herrn MdL Rohwedder**, ob diese Berichte veröffentlicht werden können, sagt **Herr Staatssekretär Knitsch** unter Bezug auf die Open.NRW-Initiative der Landesregierung eine Prüfung zu. Hinsichtlich des Einwands von **Frau Dr. Ralfs** stellt er klar, dass es dabei selbstverständlich ist,

schutzwürdige Informationen (Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse oder sicherheitsrelevante Aspekte) – auch bei Anfragen nach UIG - nicht zu veröffentlichen. **Herr Dr. Schwab** begrüßt die Zusage von **Herrn Staatssekretär Knitsch** zur Prüfung einer einheitlichen Regelung.

### TOP 6 Verschiedenes

Unter diesem Punkt wird der „Erlass vom 19.03.2015 zur Anwendung der §§ 25 Abs. 3 und 27a VwVfG im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren“ behandelt, der die Veröffentlichung von Antragsunterlagen im Internet regelt.

**Herr Friedrich** erläutert den Erlass, der eine neue Regelung aus dem Verwaltungsverfahrensgesetz aufgreift, die nach Auffassung des MKULNV auch auf Verfahren nach dem BImSchG Anwendung findet. Die Frage der Geltung der Regelungen des VwVfG im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren hat eine bundesweite Diskussion ausgelöst.

Während **Frau Baitinger** und **Frau Horster** den Erlass ausdrücklich als Unterstützung der Arbeit im Bereich des ehrenamtlichen Naturschutzes loben, wird von **Frau Dr. Ralfs**, **Herrn Dr. Roth** und **Herrn Felsch** aus dem Kreise der Industrieverbände sowie von **Herrn MdL Markert** deutliche Kritik geäußert.

Über die konkrete Erlassregelung hinaus hat sich im Rahmen der Sitzung eine Diskussion zu grundsätzlichen Fragen der Öffentlichkeitsbeteiligung entwickelt. Dabei wurden in den verschiedenen Wortmeldungen folgende Aspekte angesprochen:

- Verbesserung der Informationsbeschaffung für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie den ehrenamtlichen Naturschutz,
- Wissenssicherung für die Unternehmen zur Vermeidung des Risikos, von konkurrierenden Unternehmen ausgespät zu werden und so durch den Verlust von Knowhow einen Wettbewerbsnachteil erleiden zu müssen,
- Sicherheitsrelevante Fragestellungen vor dem Hintergrund einer aktuell latenten Terrorismusgefahr,
- Rechts- und Verfahrensfragen bei der Durchführung von Genehmigungsverfahren sowie
- Aufwand und Nutzen auf Seiten der Betreiber und der Behörden.

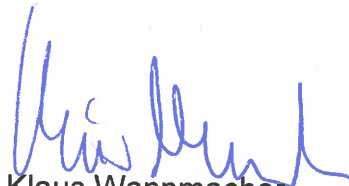
**Herr Staatssekretär Knitsch** nimmt die Diskussion zum Anlass, als Schwerpunktthema für die nächste Sitzung den Punkt „Öffentlichkeitsbeteiligung“ vorzuschlagen mit dem Ziel, das Thema nach entsprechender Vorbereitung der verschiedenen Aspekte möglichst konkret zu diskutieren. Hilfreich wären dafür konkrete Fälle und Beispiele. Er kündigt einen Organisationsvorschlag für diese Sitzung durch die Geschäftsstelle an.

Zum Abschluss berichtet **Herr Staatssekretär Knitsch** über die am 20.05.2016 getroffene Entscheidung des OVG Münster, wonach die Tötung von männlichen Eintags-

kühen (sog. „Kükenschreddern“) rechtskonform ist und mit den Vorschriften des Tier-  
schutzes in Einklang steht. **Herr Staatssekretär Knitsch** bedauert die Entscheidung,  
denn das Schreddern und Ersticken von Tieren hat gesellschaftlich und politisch keine  
Akzeptanz. Auch die Mehrheit der Länder hat im Bundesrat für ein Verbot dieser Praxis  
gestimmt.

Er schließt die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die  
engagierte Diskussion und Beratung der Tagesordnungspunkte.

Für das Protokoll:



Klaus Wannmacher